

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Badischer Beobachter. 1863-1935
1901**

102 (5.5.1901) 1. Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierjährlich 2 M. 60 Pg., monatlich 55 Pg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt, durch die Post bezogen vierjährlich 3 M. 25 Pg., mit Verschluß 3 M. 65 Pg.

Bestellungen werden jederzeit eingegangen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Post-Zeitung-Nr. 798.

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Anzeigen: Die sechzehnspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pg., Anklamen 50 Pg. Bei österer Wiederholung entsprechender Anzahl Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Büros an.

Nebaktion und Expedition
Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

Nr. 102. 1. Blatt.

Sonntag, den 5. Mai

1901.

Das Gesetz über die privaten Versicherungen.

Im Allgemeinen bringt man den Reichstagsverhandlungen über das Gesetz, das mit den privaten Versicherungsunternehmungen sich beschäftigt, recht geringen Interesse entgegen. Der Sitzungssaal war schwach besucht, die Zuhörerkabinen fast leer, die Sitzungsberichte in den Zeitungen so kurz wie möglich — es ist eben ein vorübergehender Stoff, um den es sich hier handelt! Und doch behandelt der Gesetzentwurf Dinge, die gerade für die Allgemeinheit von recht erheblicher Bedeutung sind; gibt es doch in unserer Zeit nur noch sehr wenige Menschen, die nichts mit einer Feuerversicherung oder Lebensversicherung zu thun hätten! Dieses Gesetz aber enthält die sehr wichtigen Bestimmungen darüber, unter welchen Voraussetzungen ein Unternehmen Versicherungsgefährte im Deutschen Reich überhaupt betreiben darf. Es bestimmt sich im Wesentlichen auf die Dinge und Grundsätze des öffentlichen Rechtes, die hier in Frage kommen. Es hat also noch nichts zu thun mit dem privaten Verhältnisse des bürgerlichen Rechtes zwischen dem Versicherungsunternehmen und dem Versicherer, wozu namentlich auch die Versicherungsbedingungen gehören, die in die Polizei aufzunehmen sind. Diese Verhältnisse sind einem besonderen Gesetz vorbehalten, das wir im Laufe der nächsten Jahre zu erwarten haben.

Das, was das gegenwärtig vom Reichstage verabschiedete Gesetz will, läßt sich ungefähr in folgender Weise kennzeichnen:

Unter welchen Voraussetzungen darf überhaupt ein Versicherungsunternehmen im deutschen Reich betrieben werden; wie muß die Grundlage bestehen sein, auf der ein solches Unternehmen aufgebaut wird, damit das Publikum mit Vertrauen diesem Unternehmen gegenüber treten kann — also wie sieht es mit dem Vermögen und mit dem technischen Verstande aus; wie wird dieses Vermögen verwaltet und in welcher Weise erhalten die Versicherten durch die Rechnungslegung; wie hat die Kenntnis von dieser Vermögensverwaltung; wie hat die Überwachung des Versicherungsbetriebes durch die Behörde zu erfolgen? Man sieht, das Alles sind für die große Masse der Versicherten recht wichtige Fragen, die alle ohne Ausnahme gleichzeitig Vermögensfragen auch der Versicherten selbst sind. Es ist ein ganz erheblicher Unterschied für das allgemeine Interesse, ob Versicherungsunternehmungen sich aufzunehmen, ohne daß irgendemand bei ihnen nach dem Woher und Wohin fragt, oder ob dies nur geschehen kann unter der wohlhabenden Bedingung, daß die Behörde die Eröffnung einer solchen Versicherung abhängig zu machen hat von der Erteilung einer Konzession, und daß die Behörde das Recht und die Pflicht hat, bis zu einem gewissen Grade auch um die Art und Weise des Versicherungsbetriebes sich zu kümmern. Man kann sagen, daß nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes diese Überwachung durch die Behörde durchaus nicht zu weit in die inneren Geschäfte eines Versicherungsbetriebes eingreift.

Ein eigenartiges Verfahren ist die sogen. „Billmery“. Diese besteht darin, daß anfanglich nicht die volle Prämienvorräte zurückgeführt wird. Nach dem ursprünglichen Regierungsentwurf sollte diese Billmery gänzlich untersagt sein. Die verringerte Reservefondierung ist zwar angenehm für die Versicherungsunternehmer, wie sich von selbst versteht; aber im Interesse der Versicherten ist sie ganz und gar nicht, wie sich von selbst versteht, sondern bedenklich. Nach den Vorbrüchen der Kommission sollte dieses Verfahren zugelassen werden, bei der zweiten Abstimmung des Gesetzentwurfs im Plenum.

Zum 50. Jahrestag der Wiedereröffnung des Mainzer Priesterseminars.

Am 1. Mai d. J. waren 50 Jahre vergangen, seitdem der Hochselige Bischof Febr. Wilhelm Emmanuel Ketteler das Mainzer Priesterseminar wieder eröffnete, welches im Jahre 1830 in Folge der Gründung der katholisch-theologischen Fakultät am Landesuniversität zu Gießen durch die hessische Regierung seine Lehranstalt einzeln musste. Es dürfte sich empfehlen, bei diesem Anlaß einen tiefen Rückblick auf die weiselmäßige Geschichte der Gründung und Entwicklung des Seminars zu werken.

Zur Zeit der französischen Revolution, als Freiherr von Dalberg den erzbischöflichen Stuhl in Mainz inne hatte, wurde Mainz, die ehemalige stolze Metropole von Deutschland, „zum einem Bistum degradirt und unter Medien gestellt.“ Am 3. Oktober 1802 zog der neu ernannte Bischof Joseph Ludwig Colmar, in Mainz ein. Der durch hellesthafte Leben und geistige Reinheit ausgezeichnete Bischof sorgte vor Allem für eine entsprechende Heranbildung der Geistlichen durch Errichtung eines Priesterseminars und bischöflichen Lyceums zu Mainz. Männer von bedeutendem Ruf sind aus diesen Anstalten hervorgegangen, wie z. B. Professor Dr. Klee, Kardinal Gräsel, Erzbischof von Köln, die Bischof Räß in Straßburg und Weis in Speyer. Das Priesterseminar in Mainz blieb seit dem Ende Napoléons fast die einzige freie katholische Anstalt zur Heranbildung des Clerus; an ihr fand der vererbliche Geist der Neuerung der damaligen Zeit keinen Boden finden.

Nach dem in Jahre 1818 erfolgten Tode des Bischofs Colmar hob die hessische Regierung das Seminar zusammen und suchte beide Ansässen durch das Großherzogtum Hessen auf und schuf beide Ansässen durch das Großherzogtum Hessen Gymnasium und die neu gegründete katholisch-theologische Fakultät zu Gießen zu errichten. Befanden sich die jungen Theologen in Mainz am Ende des Bischofs und im Mittelpunkte des katholischen Lebens, so mußten sie von nun an in dem fast durchweg protestantischen Gießen ihre Studien

des Reichstages ist das ursprünglich beabsichtigte Verbot auch nicht wieder hergestellt worden; immerhin ist eine bestimmte Grenze vorgeschrieben.

Am Donnerstag vorher Woche mußte bekanntlich die zweite Lektion unterbrochen werden, weil der Abgeordnete Eugen Richter die Auszählung des Reichstages beantragte und die Auszählung die Verhältnisfähigkeit des Hauses ergab. Herr Richter hatte zu dem 81. Paragraphen des Gesetzentwurfs einen Antrag eingebracht, wonach entgegen dem Entwurf und den Vorbrüchen der Kommission die Versicherungsunternehmungen allen Kosten bereit zu sein haben, die das behördliche Aufsichtsverfahren verursachen. Herr Richter hatte dabei den Fehler gemacht, daß er seinen Antrag bereits nicht vorher eingebracht hatte, sondern ihn erst in der Sitzung selbst dem Reichstag vorgelegt habe. Er kommt sich dadurch schamlos doppelt bei dem Präsidenten dafür bedauern, daß dieser ihm in Schuß nahm mit der Bemerkung, man könne es den Abgeordneten Richter nicht verdenken, wenn er den Wunsch habe, daß Anträge, auf die er Werth lege, von einem hinreichend befähigten Reichstag beurtheilt würden. Aber am Tage darnach ist dann dieser Antrag Richter abgelehnt worden. Es ist also dabei geblieben, daß auch die Versicherungsunternehmungen selbst zu den Kosten des Aufsichtsamtes beisteuern müssen, und das ist nur gerecht und möglich!

Im Abstimmungszug zu dem ursprünglichen Entwurf hat sich im Reichstage auch sehr lebhaft das Bestreben geltend gemacht, den privaten Versicherungsanstalten die öffentliche Einrichtungen dieser Art unter das Gesetz zu stellen. Aber Staatssekretär Graf Posadowsky wünschte sehr energisch bei der zweiten Lektion ab, daß Gesetz — betonte er bestimmt — würde scheitern, wenn man auch nur einzelne Bestimmungen derselben auf die öffentlichen Unternehmungen anzuwenden wolle.

Aus dem ursprünglichen Gesetzentwurf ist die „politische Prüfungscontrole“ herausgenommen worden, die die Versicherungspolizei der Polizeibehörde zur Genehmigung vorgelegt werden sollten. Es ist gut, daß diese Bestimmung fällt. Sie hätte ohne Frage viele Verhältnisse zur Folge gehabt. Aber die einzelnen Bundesstaaten können sie, wenn im Landtag eine Mehrheit dafür vorhanden sei, folle, durch Landesgesetz wieder einführen. Somit bleibt auch für besondere Wünsche einzelner Bundesregierungen und Bundesstaaten noch ein recht weiter Spielraum.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Mai.

Gesetzentwurf betreffend Versorgung des Kriegs- und Invaliden und Kriegshinterbliebenen.

Abg. Graf Orla (nl.) als Berichterstatter berichtet über die Verhandlungen in der Kommission.

Abg. Prinz Schönthal-Carolath (Hoh. d. M.) spricht seine Freude über die Verbesserung des Gesetzentwurfs in der Kommission aus und hofft, daß die Mängel, die der Entwurf noch enthalte, später beseitigt werden können.

Die §§ 1—8 werden in der Kommissionssitzung angenommen. § 9 bestimmt: Neben dem durch dieses Gesetz erlaubten Renten ist eine Zulage für Nichtbenutzung des Civilüberbringungsseines sowie Anstellungsentzuldigung nur für diejenigen Unteroffiziere zulässig, welche Ansprüche auf Civilüberbringung durch eine zwölfjährige aktive Dienstzeit erworben haben.

Abg. Schwarz-Münzen (wild-th.) beantragt folgenden Zusatz: Kriegsminister, welcher ohne ausführbaren aktiven Dienst für Nichtbenutzung des Civilüberbringungsseines und Anstellungsentzuldigung bisher Gebührente bezogen habe, bleibe auch für die Folge im Genuß derselben.

betreiben, in einer Stadt, in der erst 1838 der Grundstein zu einer katholischen Kirche gelegt wurde! Dass solche Verhältnisse für den kirchlichen Geist in den Diözesen nichtförderlich, wohl aber nachteilig wirken mühten, ist leicht ersichtlich.

Hierzu kam noch, daß am 19. November 1842 Dr. Riffel, einer der bedeutendsten Professoren der Universität, der das Mainzer Priesterseminar wieder eröffnete, welches im Jahre 1830 in Folge der Gründung der katholisch-theologischen Fakultät am Landesuniversität zu Gießen durch die hessische Regierung seine Lehranstalt einzeln musste. Es dürfte sich empfehlen, bei diesem Anlaß einen tiefen Rückblick auf die weiselmäßige Geschichte der Gründung und Entwicklung des Seminars zu werken.

Am 1. Mai d. J. waren 50 Jahre vergangen, welche durch die niedrigmäßige Prämienvorräte zurückgeführt wird. Nach dem ursprünglichen Regierungsentwurf sollte diese Billmery gänzlich untersagt sein. Die verringerte Reservefondierung ist zwar angenehm für die Versicherungsunternehmer, wie sich von selbst versteht; aber im Interesse der Versicherten ist sie ganz und gar nicht, wie sich von selbst versteht, sondern bedenklich. Nach den Vorbrüchen der Kommission sollte dieses Verfahren zugelassen werden, bei der zweiten Abstimmung des Gesetzentwurfs im Plenum.

Nach dem in Jahre 1818 erfolgten Tode des Bischofs Colmar hob die hessische Regierung das Seminar zusammen und suchte beide Ansässen durch das Großherzogtum Hessen auf und schuf beide Ansässen durch das Großherzogtum Hessen Gymnasium und die neu gegründete katholisch-theologische Fakultät zu Gießen zu errichten. Befanden sich die jungen Theologen in Mainz am Ende des Bischofs und im Mittelpunkte des katholischen Lebens, so mußten sie von nun an in dem fast durchweg protestantischen Gießen ihre Studien

Generalleutnant v. Viebahn bittet um Ablehnung des Antrages, da sonst das ganze Gesetz gefährdet sei.

Abg. Richter (freil. Ver.) beantragt, dem § 9 hinzuzufügen: Die Kriegsjahre sind doppelt in Anrechnung zu bringen.

Generalleutnant v. Viebahn erklärt, auch dann sei das Gesetz für die Regierung unanwendbar.

Abg. Singer (soc.) meint, die Regierung werde auch diese Anträge ablehnen, wenn der Reichstag fest bleibe. Die Regierung lehne den Antrag ab, weil er 2 Millionen koste.

Generalleutnant v. Viebahn führt aus: Für die Regierung seien nur gewichtige grundsätzliche Bedenken ausgeschlaggebend. Er bitte, beide Anträge abzulehnen.

Dieses geschieht. § 9 wird nach Kommissionssitzung angenommen, ebenso die §§ 21 und 22.

§ 20 handelt von der Anerkennung der Ausschüsse.

Abg. Brin Schönthal-Carolath freut sich, daß die Zusammensetzung bei der Neuvereinigung außer Antrag blieben und der Vorsitz nicht unterworfen sei, bedauert aber, daß sonst alles beim Alten geblieben sei. Seit Jahren ist daran hingewiesen worden, daß den im Reichs- und Staatsräte Angehörigen die Pension bei ihren Gehaltsbezügen angepasst werden, während dies bei den Kommunalbeamten nicht der Fall sei, die das volle Gehalt beziehen. Diese Ungerechtigkeit müsse schwinden.

Sodann wird § 20 angenommen, ebenso die §§ 21 und 22.

Abg. Riff-Straßburg (Hoh. d. freil. Ver.) beantragt einen § 23, wonach der Elsaß-Lothringen den Landesangehörigen, die im französischen Heere militärischen Dienst geleistet haben, ebenfalls gehörten sollen bis zu dem Betrage der durch dieses Gesetz gewährten Gebührente. Derartige Gebühren auch den später deutsch gewordenen Hinterbliebenen der Elsaß-Lothringen zu gewähren, sind von den Kommandobeamten nicht der Fall, so daß die Abstimmung abgelehnt wird.

Der Berichterstatter Graf Orla (nl.) empfiehlt den Antrag, der den Anträgen der Kommission entspricht.

Staatssekretär Frhr. v. Thielmann kann erklären,

dab der Antrag Riff für die Regierung angenommen wird, daß der Vorsitz der Riedelschen Behörde machen, daß noch einige redaktionelle Änderungen an dem Entwurf vorgenommen und Gebühren gewährt werden, so daß der Gesetzesentwurf und ungünstiger Verhältnisse.

Abg. Wallermann (nl.) erklärt: Wir halten es für eine Ehrenpflicht des deutschen Reiches, den Soldaten, die 1870/71 ihr Blut und Schuhdruck auf französischer Seite gethan haben, Gebühren zu gewähren nach Bemühung der individuellen Verhältnisse. Redner bittet den Antrag einstimmig anzunehmen.

Abg. Dr. Bachem (Gebr.) hofft, daß der Antrag nicht angenommen werde, und darum wolle er zu der Sache nichts sagen. Auch die Elternschaft sollen erfahren, daß sie unterer Herzen nahe stehen ebenso wie die anderen Eltern.

Abg. Schreyer (cons.) und Abg. Dr. Höffel (Meiß.) erklären, daß sie für den Antrag stimmen.

Der Antrag Riff wird einstimmig angenommen und der Rest des Gesetzes genehmigt, ebenso wird eine Reihe von Resolutionen zu dem Gesetz angenommen.

Es folgen mindernde Berichte der Petitionskommission.

Die Petition betreffend den Erlass eines Gesetzes über den Verkehr mit Hongkong beantragt die Petitionskommission der Regierung zur Erwiderung zu überweisen. Auf Antrag des

Generalleutnant Gabel (Rif.) wird sie für den Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Über die Petition betreffend das Verbot des Handels auf Gutscheine wird zur Tagesordnung übergegangen.

Das Haus vertagt sich sodann.

Eingegangen ist eine Interpellation Singer betreffend Anherabholung der vorgelieferten Schulzettel in der chemischen Fabrik Griesheim und ein Antrag v. Hodenberg betreffend Befreiung von deutscher in englischer Gefangenschaft sich in Süditalien befindlichen Missionaren.

Morgen 1 Uhr. Unfallfürsorge-Gesetz und Petitionen.

Die Antwort der Regierung lautete nichts weniger als ermutigend: er wurde aufgefordert, „sich vorläufig jeden weiteren Schritt in dieser Sache zu enthalten.“ Ohne Erlaubnis der Regierung könne die katholische Lehranstalt nicht eröffnet werden, und eine Einladung vorerst nicht ertheilt werden.

So zogen sich die Verhandlungen bis zum 29. April 1851 hin, an welchem Tage noch die Regierung ausdrücklich die Eröffnung der theologischen Lehranstalt untersagte. Doch es war zu spät. Am 1. Mai öffnete sich die Thüren des Seminars. Zum Glück fehlte es nicht mehr vergnügt sein, die katholische Fakultät in der Anfahrt zu wählen, der Ruhm der Fakultät herbeizuführen. In einer Reihe von Adressen an den damaligen Bischof Kaiser forderte die Diözesangehörlichkeit die Wiedereröffnung des Priesterseminars in Mainz. Auch Kiffel's Schüler baten den Bischof um Befreiung aus ihrer bedrängten Lage in Gießen. Leider erreichten diese Adressen ihr Ziel vorläufig noch nicht. Bischof Kiffel sollte es nicht mehr vergnügen sein, die katholische Fakultät in Mainz zu wählen, der Ruhm der Fakultät an den damaligen Bischof zu verleihen. Am 30. Dezember 1848 erreichte ihn bereits der Tod.

Nach langen und großen Wirren, welche durch die niedrigmäßige Prämienvorräte zurückgeführt werden, — denn die überzeugenden Darlegungen des Bischofs verfehlten doch nicht ganz ihre Wirkung — aber ihren fauligen Standpunkt siegte es auch nicht auf. Infolgedessen verzögerte sie am 15. Mai nochmals die Genehmigung der Ansässen, und nachdem sich das bischöfliche Ordinariat bereit erklärt, „bis zu einer baldigen definitiven Regelung dieser Frage eine provisorische, den Wünschen Großherzoglicher Staatsregierung entsprechende Einrichtung einzurichten zu lassen“, erfolgte von Seiten des Ministeriums eine Antwort, die zwar keine ausdrückliche Genehmigung, aber auch nicht die Aufhebung der theologischen Lehranstalt enthielt.

So hatte Bischof von Ketteler nach den vielen und unerträglichen Auseinandersetzungen sein Ziel erreicht. Das Seminar wurde von einer stets zunehmenden Zahl katholischer Theologen besucht, und folgte in der Folge, daß der Tätigkeitsbereich seiner Professoren — wir nennen nur Namen Mousfang, Heinrich, Hoffner, Hirschel, Ohler — eine große Verlängertheit erlangte. Studig und umgänglich entfaltete das Seminar seine segensreiche Tätigkeit, bis auch sie die blühende Ansässen, die rame, zer-

Deutschland.

Berlin, 3. Mai.

Der Kaiser nahm heute Vormittag auf dem Tempelhofer Feld Truppenbesichtigungen vor und lehrte Mittags nach der Stadt zurück, überall lebhaft begrüßt. Der Kaiser reiste heute Abend 10½ Uhr nach Solitz ab. Die Kaiserin begibt sich heute Abend mit dem Prinzen Joachim und der Prinzessin Victoria Louise nach Baden-Baden. Gestern Nachmittag statteten der Kaiser und die Kaiserin der Königin-Witwe der Niederlande einen Besuch ab.

— Die Prinzessin Amalie zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, Tante der Kaiserin, ist gestern Nachmittag in Kairo gestorben.

* Ein Durcheinander von Meldeungen ist die Signatur des heutigen Tages. Verschiedene Zeitungen sprechen im Zusammenhang mit der Kanalvorlage von dem Rücktritt der Minister v. Miguel, Frhr. v. Hammerstein, Schönfeld und Brefeld, doch liegen zuverlässige Informationen nicht vor. Zuverlässig ist nur, daß Finanzminister Dr. v. Miguel sein Abschiedsgesuch eingereicht hat. Nach einer Meldeung soll er schon genehmigt sein. Die „Nationalzeitung“ meldet, nur der Rücktritt des Landwirtschaftsministers v. Hammerstein stehe fest; Schönfeld dagegen bleibe sicher, ebenso von Brefeld. Nach den Abendblättern gehört auch Handelsminister Brefeld zu den Amtsinhaben. Die Abendblätter seien jedoch falsch unterrichtet. Miguel, Brefeld und Hammerstein hätten ihre Entlassungsgesuche eingerichtet.

Die Abendblätter glauben, Finanzminister werde der bisherige Minister des Innern Febr. v. Heinbichen.

Gesetzentwurf neben dem Stat den Hauptgegenstand Ihrer diesjährigen Beratung bilden werde. Ich habe betont, daß die geplanten Bauten im Osten wie im Westen der Industrie wie Landwirtschaft zu Gute kommen sollen, daß sie bestimmt seien, den gesamten Güteraus tausch nach allen Richtungen zu fördern, daß dieser Gesetzentwurf im Zeichen wirtschaftlich ausgleichender Gerechtigkeit stehe. Aus diesem Grunde mußte die Königliche Staatsregierung die eingebrochene erweiterte Kanalvorlage als ein Ganzes betrachten, aus den wesentlichen Bestandteilen ohne Vereinigung wichtiger wirtschaftlicher Interessen nicht ausgeschlossen werden können. Nach dem Gange, den die Beratungen der Kommission des Hauses der Abgeordneten genommen haben, hat die Königliche Staatsregierung zu ihrem Bedauern die Überzeugung gewonnen müssen, daß die erwartete Beratung über die Kanalvorlage zur Zeit ausgeschlossen ist. Von der Fortsetzung einer zweiten Beratung dieser Vorlage konnte sich die Königliche Staatsregierung keinen Erfolg versprechen und daher zu einer solchen die Hand nicht dichten. Auf Grund des mir erzielten allerhöchsten Auftrages erkläre ich die Sitzung des Landtages für geschlossen." Der Sitzung wußten noch einmal sämtliche Minister bei.

* Handelsminister wird nach der "Frz. Btg." ein nationalliberaler Politiker. Der Kaiser nahm die Entlassung des Minister v. Miquel, Hammerstein und Breslau entgegen.

Homburg v. d. H., 3. Mai. Der ehemalige Botschafter in Paris, Fürst Münster-Dernburg, ist hier eingetroffen und wird voraussichtlich längere Zeit hier verweilen.

Frankfurt, 3. Mai. Er hat doch eines gesagt! Die "Frz. Btg." schreibt: v. Miquel's Hauslauf. In Beleidigung einer früheren Mitteilung erfahren wir, daß der Vertrag, durch den das Haus Wöhrerstraße 2 in den Besitz des Finanzministers Dr. v. Miquel übergegangen ist, vor vierzehn Tagen unterschrieben worden ist. Im Adressbuch ist z. B. als bischeriger Eigentümer des Hauses die Firma Philipp Holzmann u. Co. bezeichnet.

Ausland.

* Basel, 3. Mai. Am 1. Mai wurde in Basel das internationale Arbeitsamt begründet, nachdem seine Gründung schon auf dem bekannten östlichen sozialen Kongreß beschlossen war. Das Arbeitsamt sieht sich zur Aufgabe, die Lösung der sozialen Frage in den einzelnen Ländern zu fördern, durch Lehrengabe des Volkes, durch Zusammensetzung von Anträgen zu Gunsten der Arbeiter usw. Das Unternehmen ist ein privates; es ist deshalb freier in seiner Arbeit; wird freilich aber auch deswegen schwierig sein müssen, um Einfluß zu erhalten. Die Arbeit des Arbeitsamtes ist der Professor der Nationalökonomie Dr. Bauer in Basel. Die Vereinigung besteht einstweilen aus 6 Landesstellen; an der Spitze der deutschen Section steht der frühere Handelsminister Frhr. von Berlepsch, der so fröhlig an der Lösung der sozialen Frage mitarbeitet. Präsident der internationalen Vereinigung für gesetzliche Arbeitsschutz ist Dr. Heinrich Scherer in St. Gallen. Alle Freunde der Arbeit wünschen der neuen Gründung guten Erfolg.

Paris, 3. Mai. Im Münsterath vertrat Delcassé über seine Stelle nach Petersburg und berichtete, über alle Fragen, die Russland und Frankreich interessieren, über alle vollständig eingerichteten zwischen den beiden Regierungen. — Über London erfährt man von einer russischen Anteile in Paris in der Höhe von 400 Millionen Franken. Diese Nachricht bestätigt mehr als alle Reden Delcassés, daß die Beziehungen der Zweibundmächte die allerinnigsten sind.

Theater Konzerte, Kunst und Wissenschaft.

Karlsruhe, 4. Mai.

v. St. Groß. Hoftheater. Von der gestrigen Aufführung des Shakespeare'schen "Sommertraumes" wollen wir nur kurz erwähnen, daß sie sehr gut verlief und sich besonders der liebenswürdige "Puck" des Fräuleins Alwine Müller und der "Zettel" des Herrn Reiff durch charakteristische Wiedergabe ihrer Rollen auszeichnen. Ein volles Haus lauschte den poetischen Werken und der es mit dem ganzen Zauber märchenhafter Romantik umfassenden Mußtendelsjohann's. Die Künstler wurden sehr häufig mit Beifall beehrt.

v. St. Wie man uns mitteilt, wird Herr Hofdramaspieler Gerach noch Ablauf seines Kontraktes im nächsten Jahre von hier weggehen. Herr Herz ist begeistert in München engagiert, und soll für ihn ein Nachfolger bereit anstecken sein. Ferner sollen noch Aupräsentationen für das Fach der Operettengängerin, des Bühnens und ein Tenor in Sicht sein, die noch vor Ablauf der heutigen Spielzeit gastieren. (8)

= Groß. Hoftheater. Am Dienstag, den 7., wird "Tristan und Isolde" gegeben werden. Weiterhin bringt die Oper am Samstag, den 11., "Der Pöfessor von Bonjumeau" und am Sonntag, den 12., "Ursula". Im Schauspiel gelangt am Donnerstag, den 9., "Johannsfeuer", am Freitag, den 10., "Die Journalisten" zur Aufführung.

= Von Hochschulen. Der Geh. Hofrat Professor Dr. Nieber, Direktor der Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig, ist in den Nubischen Landtag getreten. — Zum Ehrendoktor der Rechte wurde anlässlich seines fünfzigjährigen Dienstjubiläums von der juristischen Fakultät der Breslauer Universität der Stadtverordneten-Vorsitzer und Ehrenbürger von Breslau, Geh. Justizrat Wilhelm Freund, früherer Reichstags- und Landtagsabgeordneter, ernannt.

= Eine Gedächtnisfeier für den Großherzog Karl Alexander von Sachsen-Weimar, ihren heimgegangenen Protektor, veranstaltete die "Goethe-Gesellschaft", die "Schiller-Stiftung" und die "Deutsche Shakespeare-Gesellschaft" am 31. Mai in den ihnen überlassenen Räumen des Großherzoglichen Hoftheaters zu Weimar. Die Gedächtnisfeier gliederte sich in zwei Theile, in einem Alt am Vormittag, der dem Professor Dr. Bruno Fischer-Heidelberg die Gedächtnisrede halten wird, und in eine musikalische Aufführung am Abend. Die musikalische Aufführung steht unter Leitung des Hofkapellmeisters Krzyzanowski. Am Anschluß an diese Gedächtnisfeier findet Tags darauf am 1. Juni, Vormittags 10½ Uhr, im Saale der Erholungs-Gesellschaft zu Weimar die Generalversammlung der "Goethe-Gesellschaft" statt. Den Festvortrag hält Geheimer Hofrat Professor Dr. Meyer-Berlin über "Goethe als Psycholog". Abends wird im hoftheater Goethe's "Iphigenie auf Tauris" gegeben werden.

= Das zweite Hessisch-Pfälzische Musikfest zu Worms. Wie mitgeteilt wird, kommt von allen Seiten die Melodie, daß die mitwirkenden Vereine aus dem Groß-

* Paris, 3. Mai. Viel Kopfschütteln im Innern und Außland erregt in letzter Zeit die französische Rechtsprechung in einzelnen Fällen. Der "Figaro" schreibt: "Sollte der Mord das Verbrechen sein, das am schlechten vor den Gerichten Gnade findet? Man ist fast ver sucht, dies zu glauben, wenn man die Linie des Schwurgerichts der Seine in der zweiten April-Session durchsieht. In dieser wurden folgende Urteile gesprochen:

16. April: Diebstahl, 2 Jahre Gefängnis.
17. April: Diebstahl, 2 Jahre Gefängnis.
18. April: Diebstahl, 6 Jahre Zwangsarbeit.
19. April: Totschlag, 5 Jahre Gefängnis.
20. April: Mordversuch (Kera Gelo), Freispruch.
21. April: Fälschung, 1 Jahr Gefängnis.
22. April: Fälschung, 5 Jahre Gefängnis.
23. April: Mord, 5 Jahre Zuchthaus.
24. April: Notzahrtigung, 3 Jahre Gefängnis.
25. April: Verbrechen gegen die Sittlichkeit, 6 Jahre Zuchthaus.

26. April: Wechselmord (Cornuier), Freispruch.

Von 11 Affären endeten zwei mit Freispruch, beide in Aufsicht erregten Mordafälle."

Bei dem Fall am 19. April handelte es sich um die französische Studentin, welche den alten Professor Deichsel erschlagen wollte, aber eine Freunde traf, die bald darauf sterben mußte.

Die Freispruch war unsverständlich. Am 25. April wurde Graf Cornuier freigesprochen, der seine Frau getötet hatte, weil sie ein ungemein wundervolles, fittenloses Leben führte. Wenn in Frankreich jeder Mörder, der zu seiner That berechtigt sieht, dann glaubt, freigesprochen wird, dann wird etwas Schönes dabei herauskommen. Gott bewahre uns vor solcher Justiz!

* Paris, 3. Mai. Die "Patrie" meldet: Der französische Generalschlaf in Tanger ist in vertraulicher Mission nach London abgereist. Angeblich handelt es sich um eine Befreiung, die Intervention in Marokko, welche Frankreich im Einverständnis mit Großbritannien, Italien und England unternehmen will. England habe die Eröffnung der französischen Biegierung sehr früh aufgenommen.

Madrid, 3. Mai. In Barcelona gab es gestern Unruhe der schlimmsten Art nach einer Wahlversammlung. Anarchisten und Catalanien schossen auf die Polizei; viele wurden verwundet.

Copenhagen, 3. Mai. Der Zar meldete befürchtet seinen Besuch für den August an. Er reist dann über Darmstadt nach Wien. (Str. P.)

Konstantinopel, 2. Mai. Der Sanitätsrat ordnete die ärztliche Untersuchung aller von Konstantinopel zu Wasser oder zu Lande Abreisenden an. Alle, die mit dem Galata-Erzbischof gekommen waren, sind, sowie dieser selbst, sind in ein Lazarett gebracht worden.

Die Fabrik, in welcher der Erkrankte gearbeitet, sowie seine Wohnung, sind desinfiziert und geschlossen; alle Waaren, die sich in der Fabrik befanden, sind vernichtet.

Eine besondere Kommission des Sanitätsrates ist mit der Ausarbeitung von Vorchriften und vorbereitenden Maßnahmen betraut.

Washington, 3. Mai. Dem Bureau Lassan zufolge hat das Schagatt einen Plan zugestimmt, wonach alle deutschen Postagenten, die nach den Vereinigten Staaten gefunden werden, direkt nach 11 ausgewählten Städten im Innland befördert werden, wo die Postbeamten sie abfertigen werden, anstatt daß sie wie bisher alle in den deutschen Postbüros erst unterbreitet werden, bevor sie vertrieben werden. Die Postleute in den in Ansicht genommenen Städten sind natürlich über diese neue Einrichtung hocherfreut. (Frz. Btg.)

Altavilleworth (Kapstadt), 3. Mai. Ein kürzlich eingetroffener Soldat vom den Brabantkreis gilt als pfeverbündigt.

— Zu Mitgliedern der Akademie der bildenden Künste in Dresden wurden mit Genehmigung des Königs Albert ernannt: Der Architekt Prof. Gabriel Seidl in München, der Bildhauer A. Bartholomä und der Maler Leon Bonnat in Paris, der Maler J. M. Neist Wissler in London und der Bildhauer Prof. Karl Seffner in Leipzig.

= Die "Klavierschule". Eugen Richter hat mit seiner Philharmonie gegen das Klavier im Reichstag viel Beifall gefunden. Er sagte u. a.: "Während einerseits durch die mechanischen Musikinstrumente die Musik in Kreise eingeführt wird, die sonst kaum ein Verständnis, eine Ahnung davon haben, wird andererseits durch die mechanischen Instrumente einer gewissen Musikkunstpauker, einer Klavierschülernpferke eine Grenze gesetzt. Das halte ich auch für ein Verdienst. Wie leidet unser Volk unter sogenannten Klavierschulen, namentlich in großen Städten. Wer jemals in einem Reichshaus gewohnt hat, wo in vier Etagen hoch oben, unten und zu beiden Seiten der eigenen Wohnung ein Klavier stand und wo Kinder — das gehört ja vielen Familien zum guten Ton, auch wenn das Kind keine Spur von Musiktalent hat — dazu verirrt werden, jeden Tag eine Stunde zu üben, der kann allein empfinden, wie ganze Häuser dadurch minderwertig gemacht werden. Nein, Familien leben darunter noch viel mehr. Hören Sie es doch einmal mir an, wie rechts und links und oben und unten jeden Tag immer dieselben Stücke gespielt werden und immer an derselben Stelle derselbe Fehler gemacht wird, oder an derselben Stelle das Spiel immer wieder in's Stottern gerät. Demgegenüber sind die mechanischen Musikinstrumente einer außerordentlichen Fortschritt; denn was man auch klavierschulisch noch an derselben aussehen mag — sie spielen wenigstens nicht falsch."

= Eine eigenartige Operation vollzährt ein Budapester Arzt Dr. Seyfried bei einem Manne, der mit einer schweren Eisenkette auf den Kopf geschnallt worden war und einer angeborenen Schädelvergrößerung hatte. Da die Reinigung eines so großen Knorpelverlustes nicht zu erwarten war, so legte Dr. Seyfried, kurz entschlossen, an die Stelle des Knorpels eine die Lücke vollkommen deckende entalte Knorpelplatte, die er einem Hinde entnommen hatte. Darüber häftete er dann die Haut an, und das fremdartige Knorpelstück heilte ohne jede Störung ein.

= Arbeiter-Vorstellungen in Breslau. Der Verlust auf Anregung des Breslauer Humboldt-Vereins ge

macht wurde, der Arbeiter-Bevölkerung künstlerisch abgerundete Vorstellungen zu einem äußerst billigen Preise

zu bieten, das sich über Erwartungen gut bewährt. Im Laufe der letzten Spielzeit wurden im Breslauer Thalia-Theater eine Reihe von Vorstellungen gegeben, zu denen die Plätze stets vergriffen waren. Die Annahmen

zur Theilnahme an diesen Vorstellungen werden schriftlich eingerichtet, ein Verfahren, das sich sehr gut bewährt haben soll.

= Für die deutsche Südpolar-Expedition, die im

August dieses Jahres unter Leitung Professors Dry-

Yokohama (Japan), 3. Mai. Weil der Finanzminister gewisse öffentliche Arbeiten verschoben hatte, erreichte die bestehende Kabinettssriebe ihren Höhepunkt. Nach der gescheiterten Kabinettssitzung begab sich der Ministerpräsident Marquis Ito in's Kaiserliche Palais und reichte sein Entlassungsgebot ein. Alle anderen Minister, ausgenommen der Kriegsminister, thaten dasselbe. Man nimmt an, daß Marquis Ito wahrscheinlich ein neues Kabinett bilden wird, das sich mit Ausnahme des Finanzministeriums wie bisher zusammensetzen wird.

* Krieg in Südafrika.

London, 3. Mai. Unterhaus. Im Laufe der heutigen Beratung erklärte Brodrick, im April seien 1046 Buren gefangen genommen worden, 160 hätten sich ergeben.

Pretoria, 3. Mai. Durch eine heute erlassene Proklamation wird die Civilverwaltung Transvaals weiter ausgedehnt. In Johannesburg, Port Elizabeth, Krügerdorf wird die Polizei der Civilbehörde übertragen. In Heidelberg und Standerton werden Civilgerichtshöfe eingerichtet.

Napstadt, 3. Mai. In der letzten Woche vereinten die Buren in großer Zahl unter hervorragenden Führern in Haarlebeestfontein. General Babington beschloß die stark verschärzte Stellung der Buren den ganzen Tag lang und zwang sie, die am 27. April zu räumen. Tags darauf hatte Babington bei Lopfontein einen harter Kampf zu bestehen.

Baden.

Karlsruhe, 3. Mai. Seine Königliche Hoheit der Großherzog leidet seit einer Woche an akutem Rheumatismus. Die Krankheit hat bisher einen milden Verlauf genommen, sowohl in subjektiver wie in objektiver Beziehung. Die Gelenkfiebern sind von wechselseitigem

Charakter, die ihrem Verlaufe, ihrer Überzeugung zum Opfer gefallen sind, z. B. an Krankheiten, wo sie angesetzt wurden. Auf diesem Gebiet liegt ja viele heroische Menschlichkeit! Damit beweisen aber die Anhänger des Christentums fortwährend, seit 19 Jahrhunderten, wo wahre Liebe zu den Menschen ist. Diesen Beweis hat die Sozialdemokratie bis jetzt noch nicht geleistet und ohne den christlichen Glauben wird sie ihn niemals liefern können!

Die Tätigkeit des jungen Kaplans in allen Ehren! Allein, sein Warner scheint in seiner Angst die Gefahr erheblich überschätzt zu haben; dem Kaplan ist nicht das Geheimnis zugelassen. Warum die "Germ." diese Geheimnisse erst noch veröffentlicht, ist nicht recht abzusehen. Warum soll denn ein Kaplan nicht so mutig sein, wie es jeder Feuerwehrmann sein muss?

Wir glauben, die "Germania" hat einen guten Grund, warum sie diesen Fall veröffentlicht. In einer Zeit, wo man den Geistlichen die allgemeinsten Lasten zur Last legen will, ist es leinewegs unangebracht, auch an einem Beispiel zu zeigen, daß die jungen Geistlichen doch nicht zu einer so materiellen ähnlichen Geißelung erlegen werden, wie man nach manchen Brodtüren glauben könnte.

Und dann, find es nicht gerade oft die Socialdemokratie, die den Priestern den Vorwurf machen, ihre Liebe zum Volke sei Heuchelei, ihr Glaube sei nur äußerlich, die Berichterstattung ihrer Amtspflichten Geschäftsstücke, für die sie eben bezahlt werden? Juifen hat jene Veröffentlichung ganz gewiß die Bedeutung, daß sie zeigt, wie ungerechtfertigt und verleumderisch derartige Vorwürfe gegenüber dem katholischen Clerus sind. Wer sich für seine Mitmenschen in Lebensgefahr begibt, um ihnen die heiligen Sakramente spenden zu können, der hat den Geist Jesu Christi und den festen Glauben an die christliche Wahrheit. Der "Volksfreund" möge daraus auch erschließen, welchen Wert wir Katholiken den Gabenmitteln beilegen, über die er vor kurzer Zeit so verächtlich redete.

Und dann noch etwas. So ganz Unrecht hat der "Volksfreund" nicht, wenn er meint, das mutige Vorwurf des Kaplans sei nichts so außerordentliches. Tatsächlich kommen ähnliche Fälle sehr häufig vor, aber man spricht nicht weiter von ihnen. Wie mancher Grabstein deutet den Tod eines Priesters, einer barfüßigen Schwester, die ihrem Berufe, ihrer Überzeugung zum Opfer gefallen sind, z. B. an Krankheiten, wo sie angesetzt wurden. Auf diesem Gebiet liegt ja viele heroische Menschlichkeit! Damit beweisen aber die Anhänger des Christentums fortwährend, seit 19 Jahrhunderten, wo wahre Liebe zu den Menschen ist. Diesen Beweis hat die Sozialdemokratie bis jetzt noch nicht geleistet und ohne den christlichen Glauben wird sie ihn niemals liefern können!

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 3. Mai. Nach dem statistischen Jahrbuch für das Großherzogthum Baden von 1900 beträgt die Zahl der Volkschulen 1587, der Lehrer 3624, der Lehrerinnen 272467.

* Grünwinkel, 4. Mai. Zu dem Sonntag Abend 1/8 Uhr im "Lamm" stattfindenden Stiftungsfest des Rath. Arbeitervereins die Festreden halten wird, ist unter Arbeiterverein eingeladen und erfreuen wir uns vollzähligem Besuch unseres Brüdervereins.

* Mannheim, 3. Mai. Der Ausschuß des Gewerbevereins und Handwerkerverbandes hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, anlässlich des 50jährigen Regierungsjubiläums S. A. H. des Großherzogs, sowie zur Feier des 50jährigen Bestehens des Vereins im Jahre 1902 eine Gewerbeausstellung zu veranstalten ähnlich wie 1892.

* Heidelberg, 3. Mai. Ein 15jähriger Schlosserjunge wurde hier vor dem Untersuchungsrichter wegen Unterstüzung der Fabrikanten gerichtet und verhaftet. Als er das Protokoll unterschreiben sollte, sprang er plötzlich durch ein offenes Fenster vom 2. Stock auf die Straße. Er brach dabei die Scheibe an beiden Füßen und wurde ins akademische Krankenhaus verbracht.

* Heidelberg, 3. Mai. Am Sonntag, den 5. Mai, wird die diesjährige, im großen Saale der "Harmonie" stattfindende Landesausstellung von Lehrlingsarbeiten eröffnet. Die Eröffnung wird Vormittags 11 Uhr mit einer entsprechenden Feier stattfinden.

— Berlin ihre Reise antreten wird, hat die Ausmusterung der Mannschaften begonnen. Es werden

genommen: Kapitän H. Küller, bisher Führer des Dampfers "Teutonia", erster Offizier W. Lerch, zweiter Offizier A. Wahlf, dritter Offizier C. Ott. Die Herren waren zum Theil bei der Hamburg-Amerika-Linie und zum Theil bei der Südamerika-Linie tätig.

— Verbi's Requiem, Rossini's Spazierstock und Mascagni's Nestlame. Nach der am 28. d. M. in Wien stattgehabten zweiten Aufführung von Verbi's Requiem überreichte der ital. Bölligat dem Meister als Geschenk den Spazierstock, den Rossini während seiner letzten Lebensjahre trug. Rossini wurde in Pesaro, der Stadt, in der Mascagni wirkt, geboren.

— Von Theater u. Die Erstaufführung des Johanna Strauß's "Ideen Ballets" "Achsenbörde" im Opernhaus zu Berlin fand freudliche Aufnahme. Der Kaiser wohnte derselben eine Zeit lang bei und bestätigte sich leicht am Befall am Klavier.

— Der "Berl. Requiem", erster Offizier W. Lerch, zweiter Offizier B. Lerch, dritter Offizier C. Ott. Die Herren waren zum Theil bei der Hamburg-Amerika-Linie und zum Theil bei der Südamerika-Linie tätig.

— Die Erstaufführung des Johanna Strauß's "Ideen Ballets" "Achsenbörde" im Opernhaus zu Berlin fand freudliche Aufnahme. Der

△ Ruhelos (bei Heidelberg), 8. Mai. Die Maserin trennt unter der hiesigen Kinderwelt in noch nie dagewesener Weise auf. So verlor gestern der Stiebluchscher Johann Feilhauer innerhalb acht Tagen sein drittes Kind.

△ Seckach, 3. Mai. Diefer Nachte wurde der in der ganzen Gegend bekannte und beliebte Holzhändler Albin Rothe von Mainz überfallen, schwer mishandelt und seiner Baarthaft verant. Die That geschah aus der Banditenei zwischen hier und Zimmern. Zweier der Täte verblieben Burghen und verbreiteten.

XX Friedrichsfeld, 3. Mai. Infolge Ackenbruchs entgleiten gestern unterhalb des das Station mehrere Wagen einer Magazinbefüllung, wodurch beide Kämpferleiter gepeitscht waren. Einmalige Fälle wurden über ein Nebenkonto abgedreht. Am gleichen Saal findet vorher um 9 Uhr die zweite Gewerkschaftsversammlung der Centralstaat statt.

△ Aachen, 3. Mai. Die Herren Mechaniker Nehren und Techniker Poier blickten eine neue Eisenbahnrichtung erfinden, mittschweren einen im vollen Laufe des öffentlichen Eisenbahndienstes möglich zum Scheitern gebracht werden kann. Die Herren haben die Erfindung zu Patent angemeldet. Gestern wurden sie nach Paris zur Präsentation berufen, um darüber nähere Bericht zu erhalten.

○ Aachen, 3. Mai. Der Seitens des Frauenvereins zu Gunsten der hiesigen Kleintindernsche veranstaltete Bazar brachte bis jetzt annähernd 3000 M. ein.

△ Aachen, 3. Mai. Die Stadtgemeinde Aachen kaufte im Mittelpunkt der Stadt ein gebrochenes Bauland, auf dem das neue Rathaus erbaut werden soll.

△ Fahrtau, 3. Mai. Der Geschäftsführer des hiesigen Urkundensetzung veranlaßt worden.

- Breisach, 2. Mai. (Der verfasste Aufsatz). Als Ursprung mög. erwähnt werden, daß eine in einem Hof hier befindliche Balzgruppe am Donnerstag beim Anblick jenes Luftballons, der auch in anderen badischen Orten beobachtet wurde und im Elsass landete, bestürzt in das Haus lief und der nichts ahnende Hausherr die Meldung machte: Meisterin, kommen Sie schnell, der Mond fällt runter!

Vorales.

Karlsruhe, 4. Mai.

Aus dem Gerichtsaal.

Karlsruhe, 4. Mai.

B. Strafammer. Sitzung der Strafammer I vom 3. Mai. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Freiherr von Rüdt. Vertreter des Groß-Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Döller.

1. Eine Anklage wegen Unterstechung führte den 34 Jahre alten Kaufmann Johann Georg Grether aus Höchstädt vor die Strafammer. Er war beschuldigt, daß er in der Zeit vom Juli 1888 bis Oktober 1889 als Provinzreisender des Kaffehändlers Theodor Voßert hier Geldbeträgen in Gefammt Höhe von 842 M. 39 Pf., die er vom Kunden des Voßert in Ettelsheim, Lörach, Gernsbach, Durbach, Maulbronn, Schopfheim und anderen Orten eingenommen, für sich behalten und verwendet habe. Der Angeklagte war bei Voßert vom 4. November 1887 bis zum November 1889 als Reisender angestellt. Er hatte keine Speisen, die Verpflegung für seine Tätigkeit bestand vielmehr lediglich in einer Provision, die je nach der Qualität des Kaffees 8 oder 9 Pf. vom Pfund der verarbeiteten Ware betrug. Der Angeklagte bestreit in entschiedener Weise eine Unterstechung begangen zu haben. Ihm sei seiner Zeit von Voßert das Antritt bei den Kunden, die er befand, übertragen worden und zwar mit dem Ueberverständnis, daß er von den vereinbarten Geldern auch für die Reise verwenden dürfe. Da nun seine Reiseauslagen höhere gewesen seien als das, was er verdiente, habe er das sich ergebende Defizit von Geldern des Antritts gedeckt. Nachdem Grether aus dem Geschäft ausgetreten war, kam es zwischen ihm und Voßert zunächst zu einer Civilklage, die die Letztere auf Bildungsart der 842 M. 39 Pf. plante. Von dieser Summe hat der Angeklagte nur 300 M. zurückgestellt. Er ist als nachträglich von Neuen Differenzen gab, erstattete Voßert gegen Grether Anzeige wegen Unterstechung. In der Beweisaufnahme wurden die Angaben des Angeklagten in den Hauptabsatz bestätigt, so daß der Gerichtshof nicht die Nebenzugang gewinnen konnte, daß Grether sich einer strobalen Unterstechung schuldig gemacht habe. Der Angeklagte wurde deshalb freigesprochen.

E. Strafammer. Tagesordnung der Strafammer III am 8. Mai. Vormittag 9 Uhr. 1. Friedrich Frey aus Brüderlingen wegen Rücksicht, Bedrohung, Hausrücksicht und Körperverletzung. 2. Franz Ferdinand Waller alias Weber aus Zug wegen Betrugs und Betrugsvorwurfs. 3. Paul Wilhelm Weiß aus Bruchsal wegen Urkundensetzung und Betrugsvorwurfs. 5. Wilhelm Scherzinger aus Freiburg wegen Körperverletzung. 6. Edwin Holler aus Untergrombach wegen Körperverletzung.

Konstanz, 3. Mai. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den 35jährigen Petermann (Großvater Sachsen) geborenen Dr. phil. Petermann, der seit 1866 am Schloß Rötteln (Gemeinde Hohentengen) eine Raubbeleidungsanstalt leitete und in der Schweiz und anderen Orten verschiedene Vorträge hielt, wegen Verbrechen gegen § 220 des Strafgesetzbuchs zu zwei Jahren Zuchthaus und zwei Jahren Sicherung.

Eberfeld, 3. Mai. In dem Militärdefensionsprozess wurde heute früh die Beweisaufnahme geschlossen.

Sobann begannen die Plauderhosen. Der Erste Staatsanwalt schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforderlich sei - 9 Jahre -, wegen der Kostenweidigkeit eines provisorischen Bahnhofs während der Ausführung und wegen der großen Mehrferten "unbedingt" und empfahl die Höherlegung der Hauptverkehrsstrasse. Sollte sich gleichwohl der Stadtrath mit den Straßenbrücken nicht befrieden können und auf eine Höherlegung des Bahnhofs bestehen, so könne diese nur bei gleichzeitiger Verlegung des Bahnhofs in die Gegend des Lauterbergs in Betracht kommen. Da hier nach die Höherlegung des Bahnhofs an Ort und Stelle unerreichbar schien, daß vor der Regierung in erster Reihe empfohlene Projekt der Straßenbrücke aber bei der ganzen Einwohnerschaft eine entschiedene und einmütige Ablehnung erfahren hätte, so erklärte sich der Bürgerausschuß am 26. Februar 1900 für die Verlegung des Bahnhofs als für die Höherlegung wegen der längeren Zeit, die zur Ausführung erforder

Handel und Verkehr.

Mannheim, 3. Mai. (Effetten-Börse.) Der Bericht war heute belebt. Die erstmals zur Notierung gelangten Aktien der Kreidt und Depositbank in Zweibrücken wurden zum Kurs von 137 Prog. umgesetzt. Ferner erfolgten Abschlüsse in Aktien der Badischen Bank zu 129.90 Prog. und in Brauerei Eichmann-Aktien zu 172.50 Prog. Von Aktien der Chemischen Industrie fanden Begehrung: Aulim-Aktien Rois 390 P., Verein Deutscher Eisenwerke 107.75 G., 108 B., Westergeln Altalt-Stamm 200 G. Geld. Sonstige Veränderungen: Bad. Brauerei-Aktien 139 B.

Frankfurt a. M., 3. Mai. (Schlusskurse 1 Uhr 45 M.) Wien 849.66, Stal. 77.—, Privatbank 3 $\frac{1}{2}$ %, 4% Deutsche Reichsanlei. (abg. 3 $\frac{1}{2}$) 98.35, 3 $\frac{1}{2}$ %, Deutsche Reichsanlei. 88.50, 3 $\frac{1}{2}$ %, Preuß. Konföld. (abg. 3 $\frac{1}{2}$) 98.25, 3 $\frac{1}{2}$ %, Baden 96.10 b. —, 3 $\frac{1}{2}$ %, Baden in Marl. 96.10, 3 $\frac{1}{2}$ %, do. 96.10, do. 1896 96.70. Dörfert. Goldente 100.25, Dörfert-Silberente 98.15, Dörfert. Loos 1860 141.60, 4 $\frac{1}{2}$ %, Wörtingen 37.70, Deutsche Bank 204.90, Badische Bank 120.20, Rhein. Kreditbank 141.40, Rhein. Hypothekenbank 169.30, Pfälzer Hypothekenbank 167.—, Dörfert. Länderb. 107.—, Schweiz. Central 160.20, Schweiz. Nordost 113.80, Schweiz. Union 97.—, Jura-Simplon 100.40, Bad. Güterbank 81.40, Nord. Lloyd 117.80, Hamb.-Amerika 204.30, Maschinenfabrik Grignier 157.—, Karlsruher Maschinenfabrik 220.—, La Veloce St. A. Do 47.50.

Frankfurt a. M., 3. Mai. (Abendbörse.) Kreditaktien 210.20 b. Diskonto-Kommandit 191.65 b. Deutsche Bank

205 b. Harpener 181.05 b. Concordia 285 b. Westergeln 202.50 b. Siemens u. Halsle 161 b. Fährler 62.50 b. Gläser 222.50 b. Waldfos 245 b. Badische Zuckerfabrik 81.40 b. Helios 71 b. Staatsbahn 148.50 b. Bombarde 24.10 b. Minotier 87.20 b. Gottschard 161.25 b. Nordost 113.75 b. Tura-Simplon 100.35 b. Lloyd 115.40 b. Porz 27, 5 Prog. do 43.90, 44 b. Türkens 25 b. do. Voos 115.20 b. Mexikaner 27, 5 Prog. do 43.90, 44 b.

Berlin, 3. Mai. Spiritus, 70er loco 44.40, 50er 52.40.

Hamburg, 3. Mai. Kaffee good average Santos. Schlagsorten der Mai 80 $\frac{1}{2}$ Pf. do Sept. 82 Pf.

Karlsruher Standesbuch - Auszüge.

Geburten: 2. Mai. Karl Koch von Ober-Ramstadt, Schlosser hier, mit Theresa Galle von Rothweil. — Gustav Bauch von Asbach, Sergeant hier, mit Emma Faber von Döringheim. — Jenny Evers von Altona, Maler in Landau, mit Anna Heumann von Mosbach. — Ernst Kammerer von Büttingen, Bierbrauer hier, mit Karoline Kaiser von Großgartach. — Josef Günther von Klingolsheim, Fuhrmann hier, mit Karoline Stüber, Witwe, von hier. — Ludwig Bauer von Lohrbach, Magazinsarbeiter hier, mit Else Zimmermann von Heidelberg.

Geburten: 28. April. Anna Rosa, Vater Hilarius Matt, Handelsmeier. — 29. April. Friedrich, Vater Ignaz Unterlein, Gerbermeister. — Maria Anna Rosentia, Vater Theodor Bösl, Konditor. — 30. April. Adolf Robert, Vater Adolf Appel, Weinhändler. — Luise Emilie, Vater Mich. Karl Wöhrls, Bäckereimeister. — 1. Mai. Bernhard Arthur, Vater Dr. med. Bernhard v. Bed, Professor. —



Todes-Anzeige.

Gott der Allmächtige hat seinen getreuen Dienner, den hochw. Herrn

August Dörner, investirt am 24. April ds. Jrs. als Pfarrer in Diesenbrom, nach kurzer, schwerer Krankheit, im Alter von 36 Jahren, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, wohvorbereitet, heute Abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in die Ewigkeit abgerufen.

Die hochw. Herren Confrates werden um ein Memento am Altare gebeten.

Tiefenbrom, 2. Mai 1901. Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Josef Böhn, Pfarrer in Mühlhausen a. d. W. Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 5 Uhr in Landa statt.

Gottesdienstordnung.

Sonntag, den 5. Mai 1901.
Katholische Stadtpfarrei St. Stefan,
5 $\frac{1}{2}$ Uhr Frühmesse.
6 $\frac{1}{2}$ Uhr hl. Messe.
7 $\frac{1}{2}$ Uhr hl. Messe.
8 $\frac{1}{2}$ Uhr Militärgottesdienst; Herr Divisionspfarre Verberich.
9 $\frac{1}{2}$ Uhr Hauptgottesdienst; Predigt und Amt.
11 $\frac{1}{2}$ Uhr Studiengottesdienst mit Homilie.
12 $\frac{1}{2}$ Uhr Christentlehre für die Knaben.
3 Uhr Corpus Christi-Bruderschaft andacht mit Segen.
7 Uhr Maiandacht mit Predigt.

Turnhalle der Karl-Wilhelmschule (Offstadt).
7 Uhr Frühmesse.
8 $\frac{1}{2}$ Uhr hl. Messe mit Homilie.

St. Vincentiuskapelle.
6 Uhr Aussteilung der heiligen Kommunion.

7 Uhr Frühmesse.
8 Uhr Amt mit Predigt.
5 $\frac{1}{2}$ Uhr Maiandacht.

Liebfrauenkirche.
6 Uhr Frühmesse.
8 $\frac{1}{2}$ Uhr Kindergottesdienst mit Predigt.

9 $\frac{1}{2}$ Uhr Predigt und Hochamt.
11 Uhr hl. Messe.

2 Uhr Christentlehre für die Knaben.

2 $\frac{1}{2}$ Uhr Corpus Christi-Bruderschaft.

7 Uhr Maiandacht mit Predigt.

Ludwig Wilhelm-Krankenheim.

8 $\frac{1}{2}$ Uhr hl. Messe.

St. Franziskushaus.

8 Uhr Amt.
4 Uhr Dienstabendvener.

Katholische Kapelle im Kadettenhaus, 10 Uhr Gottesdienst; Herr Divisionspfarre Verberich.

St. Peter und Paulskirche (Stadtteil Mühlburg).
5 $\frac{1}{2}$ Uhr Beichtgelegenheit.

6 und 7 Uhr Aussteilung der heiligen Kommunion.

7 Uhr Frühmesse.

9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt.

1 $\frac{1}{2}$ Uhr Christentlehre.

2 Uhr Herz Jesu-Andacht.

7 $\frac{1}{2}$ Uhr Maiandacht.

Cäcilienverein zu St. Stefan Karlsruhe.

Ausflug

am Sonntag, den 19. Mai, nach Oberkirch (Neugthal). Mittagessen in der Linde. Nachmittags Spaziergang über Ringelbach nach Rieden. Abfahrt Karlsruhe 5 $\frac{1}{2}$ früh. Rückfahrt von Rieden 9 $\frac{1}{2}$ Nachts. Die aktiven und passiven Mitglieder nebst ihren Familienangehörigen werden hierzu freudig eingeladen.

Eingangsliste für die passiven Mitglieder sowie Näheres zu erfahren in der Agentur der Literarischen Anstalt (Gerder).

Die Liste wird am 14. Mai geschlossen.

Karlsruhe, 3. Mai 1901.

Der Vereinspräsident:

Knörzer, Geistlicher Rat und Stadtpfarrer.

Rippoldsau (Alt-Klösterle)

(wenige Schritte unterhalb der Kirche).

Nominiert, seit 70 Jahren bestehender

Gasthof z. Erbprinzen v. Schneggenburger mit schattigem Garten und Terrasse — in nächster Nähe des Waldes. — Besaum durch gute Küche und reine Weine. — Wier vom Tag. — Pension — Restauration zu jeder Tageszeit. — Bäder und Wagen im Hause. — Telefon — Poststelle der Postwagen nach Wolfach. Für Touristen und Radfahrer beste Unterkunft bei billigen Preisen; Preis von M. 1.20 bis 1.50. Mitglied des deutschen Radfahrerclubs und Union. Durch den Wald bis ins Badhotel und Kurhaus 15 Minuten.

Herren- und Kinder-

Stroh-Hüte,

aparte Neuheiten,

überraschend grosse Auswahl, sehr billige Preise.

Wilh. Zeumer,

Kaiserstrasse 127.

Burghof,

Wirthshofsanbau der Brauerei Fr. Hoepfner,
Karl-Wilhelmstraße 42.

Einem verehrlichen Publikum erlaube ich mir hiermit höchst anzuseigen, daß mir von der Brauerei Fr. Hoepfner der Betrieb obiger Lokalitäten von heute an übertragen worden ist. Ich werde mich bemühen, durch Verabreichung gutgehaltener Biere, reiner Weine und vorzüglicher Speisen bei aufmerksamer Bedienung meinen wertigen Gästen den Aufenthalt angenehm zu machen und sehr gernem Besuch gerne entgegen.

Hochachtungsvoll

Leonhard Helm,

langjähriger Oberkellner im Wiener Hof in Heidelberg.

Stadtgarten.

Bei ungünstiger Witterung in der Festhalle.

Sonntag, den 5. Mai, Nachmittags 4 Uhr.

CONCERT

gegeben von der gesammten Kapelle des Badischen Leib-Grenadier-Regiments,

Königlicher Musikdirektor Adolf Bootz.

Eintritt: Abonnenten 30 Pf.

Nichtabonnenten 50 Pf.

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Pauline Wilhelmine, Vater Gust. Adolf Richter, Kämptegeselle. — Karl, Vater Karl Weingärtner, Bahnarbeiter.

Marie Luise Wilhelmine, Vater Adolf Rübe, Schreinermeister.

Todesfälle: 1. Mai. August Wiegert, Maschinenarbeiter, ein Ehemann, alt 30 Jahre. — 3. Mai. Heinrich, alt 4 Jahre, Vater Ludwig Döhl, Schmied.

Auswärtige Todesfälle.

Baden: Friedrich Georg Wagner, Oberst a. D., 75 J.;

Franz Geheimerath M. Heiligenhain Wwe, geb. Gaus.

Freiburg: Friedrich Roeter, früher Wirth zum "Helden-

host"; Karl Gantner, Schreiner — Richard Altbürger-

meister Georg Benz, 77 J. — Börrach: Albert Ginz,

Schreinermesser, 53 J. — Pforzheim: Wilhelmine

Wehl, 54 J.; Sophie Reinhardt, geb. Umlauf, 44 J. —

Wiesenthal: Engelbert Mayer, cand. iur., 25 J.

C. M. S.

am 7. Mai Nachm. 2 Uhr in Bickesheim.

Silb. Medaillen
Weltausst. Paris
an. Muster portofrei
Deutschlands größtes Spezialgeschäft
Michels & Cie BERLIN SW. 19
Leipzigerstrasse 43, Ecke Markgrafenstrasse.
Eigene Fabrik
in Oefeld

Engros. Julius Stranz, Karlsruhe. En détail.

Kaiserstraße 143, nächst dem Marktplatz.

Bedeutendstes Spezialgeschäft in Befestigungs-, alter

Arten Blasrohre, Passamenten, Spiken, Knöpfe,

Weißwaren, Handläden, Cravatten, Fächer. Stän-

diger Eingang von Neuhelten.

Zahnarzt Mansbach,

Kaiserstrasse 82,

nächst dem Marktplatz.

Katholische Litteratur jeden Zweiges

liefer. die Onthandlung von
Carl Sartori's Nachfolger, Konstanz.

Lager in liturg. Editionen, neuzeitl. theologischen und ostestlichen Werken.

Großes Gebetbücher-Lager.

Befort Aufträge aus allen Antiquariatskatalogen.

Ansuchthandlungen franko.

Katholische Volksbibliothek des Vereins vom hl. Karl Borromäus,

öffnet Sonntags.

St. Stefan und Liebfrauenpfarrer,

Novocastanlage 19. 1 $\frac{1}{2}$ —3 Uhr;

St. Bonifatiuspfarrer,

Grenzstraße 7. 11—12 Uhr;

St. Peter- und Paulspfarrer,

Mühlstraße 3. 11—12 und 2 $\frac{1}{2}$, 4 Uhr.

Bararbeiten-Vergebung.

Zur Erbauung einer kathol. Kirche in

Reilingen, Amts Schwaningen, sollen

Ausführung in Verding gegeben

wedern:

im Anfangsgebae zu

900

Grdarbeit 753.30

Mauerarbeiten 513.14.78

Bewegarbeiten 264.21